

Abg. Hurnik berichtete, der Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen sei bereits im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit behandelt worden. Daneben sei durch die geplante Maßnahme aber auch der SGB II-Bereich und damit der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration betroffen. Er bat den Ausschuss daher um Unterstützung des gemeinsamen Antrages.

Daraufhin bekundete Abg. Eichner die Unterstützung seiner Fraktion.

Ltd. KVD Allroggen verwies auf seine Ausführungen im Ausschuss für Gesundheit und Inklusion. Die benötigte Stelle könne allein durch Umschichtungen aktiviert werden. Er erklärte, dass dieses Ziel nur erreicht werden könne, wenn an anderer Stelle im SGB II Bereich, namentlich beim Thema Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm, die Aufgabenerledigung in gleichem Maße reduziert werde.

Abg. Deussen-Dopstadt regte eine Zusammenarbeit des Inklusionsbeirates mit der einzurichtenden ½ Stelle und dem beteiligten Unternehmen, welches mit der Erstellung eines Aktionsplans Inklusion beauftragt werde, an.